

INHALT

1. CDU will Sondervermögen für Krippenausbau, Hochschul- und Landesstraßensanierung
2. Mehr Fachkräfte für die Pflege
3. Sollen Beamte die Zeche für Wahlgeschenke der Dänen-Ampel zahlen?
4. Kommunalen Finanzausgleich: CDU-Fraktion hakt nach
5. CDU-Fraktion informiert sich vor Ort über Energiewende
6. Attraktivität des Polizeiberufes muss dringend verbessert werden
7. Maisdichte zwingt zum Nachdenken über Fruchtwechsel
8. Zweites Parlamentarisches Städtegespräch
9. Ein Restaurant als neue Chance
10. Arbeitslosenzahl sinkt auf 20-Jahres-Tief

30.11.2012

**CDU will Sondervermögen für Krippenausbau, Hochschul- und Landesstraßensanierung
Gesparte Zinsausgaben aus 2012 für Investitionen nutzen**



CDU Fraktionschef Johannes Callsen, MdL

Der Haushaltsentwurf der neuen Landesregierung sieht trotz einer deutlich angestiegenen Neuverschuldung die niedrigste Investitionsquote seit Jahren vor. Das will die CDU-Fraktion ändern.

Die Fraktion beschloss daher in dieser Woche, bereits realisierte Einsparungen aus dem Haushaltsvollzug 2012 für einmalige Investitionen in den Bereichen Krippenausbau sowie Hochschul- und Landstraßensanierung einzusetzen. Dazu erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen: „Die CDU bleibt damit auch in der Opposition ihrem Kurs treu, für zusätzliche Investitionen ausschließlich bereits realisierte Einsparungen aufzuwenden. Und das tun wir dort, wo es den Menschen im Land am meisten hilft.“

Ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion sieht vor, ein Sondervermögen zum Ausbau der frühkindlichen Betreuung in Höhe von 25 Millionen Euro einzurichten. Das Sondervermögen „Sanierung Landesstraßen“ soll 15 Millionen Euro umfassen, das Sondervermögen „Hochschulsanierung“ 30 Millionen Euro.

„Die gewaltigen Sanierungsstaus in diesen Bereichen sind bekannt. Indem wir dort investieren, entlasten wir zugleich die Haushalte der kommenden Jahre. Darüber hinaus unterstützen wir die Kommunen beim absehbaren weiteren Ausbau der Krippenplätze“, betonte CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch.

Den Änderungsantrag zur Errichtung eines Sondervermögens finden Sie unter:
http://www.cdu.ltsh.de/media/Sondervermoegen_final.pdf

Mehr Fachkräfte für die Pflege **CDU-Fraktion fordert duales Pflegestudium in Schleswig-Holstein**



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

Menschenwürdige Pflege wird immer stärker zum Thema. Allein in Schleswig-Holstein fehlen bis zum Jahr 2030 nach Schätzung von Fachleuten 19.000 Vollzeitpflegekräfte. Die CDU-Fraktion fordert vor diesem Hintergrund die Einrichtung eines dualen Studiums im Pflegebereich als zusätzliches Angebot für eine qualifizierte Ausbildung. Nach Möglichkeit soll dies gemeinsam mit der Hansestadt Hamburg angeboten werden.

„Die Verfügbarkeit qualifizierter Pflegekräfte wird immer mehr zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor für Schleswig-Holstein“, begründete die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Katja Rathje-Hoffmann, den Antrag. Dieser wird in der Dezembersitzung beraten.

Hier geht es zum Antrag:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0374.pdf>

Sollen Beamte die Zeche für Wahlgewinne der Dänen-Ampel zahlen? Im Haushaltsentwurf fehlen Mittel für Tarifsteigerungen



Tobias Koch, MdL

In den letzten Wochen spekulierten Mitglieder der Landesregierung öffentlich über Nullrunden für Schleswig-Holsteins Beamte. Nach einem Treffen mit Ministerpräsident Albig hatte der Deutsche Beamtenbund sich vergangene Woche schließlich beruhigt gezeigt, er überschrieb eine Pressemitteilung über das Gespräch mit: „Albig: Nullrunde im öffentlichen Dienst kein Thema“. Am Samstag folgte über die Landeszeitung prompt das Dementi des Ministerpräsidenten.

Auf Antrag der CDU-Fraktion erschien Torsten Albig in dieser Woche im Finanzausschuss. Auch auf mehrfache Nachfrage sprach er sich dort nicht für die Übernahme des Tarifvertrages der Angestellten für die Landesbeamten aus. Die Regierung wolle das Tarifergebnis abwarten und danach mit dem Beamtenbund sprechen. Erst dann würde entschieden.

CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch entlarvte dies als leicht durchschaubare Verschleierungstaktik. Denn die neue Landesregierung habe in ihren Haushaltsentwurf 2013 von Beginn an keine ausreichenden Mittel eingeplant, um die Übernahme des Tarifabschlusses für die Angestellten des Öffentlichen Dienstes und entsprechende Anpassungen der Beamtenbesoldung zu finanzieren. Stattdessen habe sie die gesetzlich vorgegebene Schuldenobergrenze voll ausgereizt.

„Nach Abschluss der Tarifverträge für die Angestellten hat die neue Landesregierung überhaupt keinen Spielraum mehr für eine entsprechende Anpassung der Beamtenbesoldung. Albig lässt die Beamten die Zeche für die Wahlgewinne der Dänen-Ampel zahlen!“, stellte Koch fest.

Koch wies darauf hin, dass in den vergangenen Jahren von der CDU-geführten Landesregierung die Tarifanpassungen immer Eins zu Eins übernommen wurden. „Die Landesbediensteten haben mit der Streichung der Sonderzahlungen und dem Personalabbau bereits ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass alle Landesbediensteten an der wirtschaftlichen Entwicklung in Form von Tarifsteigerungen teilhaben“, so Koch abschließend.

Kommunaler Finanzausgleich: CDU-Fraktion hakt nach **Bericht über Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes angefordert**

Bislang gibt die Landesregierung nur vage Auskünfte über die geplante Novellierung des Kommunalen Finanzausgleichs. Die CDU-Fraktion hat deshalb jetzt einen Bericht eingefordert, der noch vor der Kommunalwahl im Mai nächsten Jahr für Aufklärung sorgen soll.

Laut Koalitionsvertrag strebt die neue Landesregierung Gemeindegrößen von mindestens 8.000 Einwohnern an. Und weiter: „Um den Gemeinden den Weg hin zu einer überschaubaren gemeindlichen Struktur zu ebnen, werden wir das Finanzausgleichsgesetz ändern.“

Wie, wann und in welcher Form dies geschehen soll, ist bislang unklar. Bekannt wurde lediglich, dass die großen Städte künftig zusätzliche Mittel erhalten sollen. Und auch eine Dynamisierung der Mittel für das Landestheater will Ministerin Spoorendonk aus dem Vorwegabzug finanzieren. „Das Geld dafür muss ja irgendwo herkommen. Die Regierung muss sagen, wer dafür schlechter gestellt wird. Und das will sie ganz offensichtlich lieber nicht vor der Kommunalwahl erklären“, stellte CDU-Innenpolitikerin Petra Nicolaisen in dieser Woche fest.

Nicolaisen hat deshalb in dieser Woche einen schriftlichen Bericht angefordert, der spätestens im Februar vorliegen soll. Dieser soll die geplanten Eckpunkte, Ziele und Maßnahmen sowie den Zeitplan zur Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes umfassen.



Petra Nicolaisen, MdL

CDU-Fraktion informiert sich vor Ort über Energiewende **Besuch des FAK Wirtschaft bei den Stadtwerken Heide**

In der vergangenen Woche besuchte der Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft mit dem energiepolitischen Sprecher Jens-Christian Magnussen und dem örtlichen Abgeordneten Karsten Jasper die Stadtwerke in Heide. Zentrales Anliegen war der Austausch mit einem regionalen Energieversorger über die Chancen und Risiken der schleswig-holsteinischen Stadtwerke.

„Die Anforderungen an die zukünftige Netzinfrastrukturpolitik des Landes Schleswig-Holstein ändert sich durch die Energiewende dramatisch schnell. Daher sind wir als Energiepolitiker sehr daran interessiert, dass beide Seiten offen und transparent zusammen an Konzepten arbeiten. Nur so wird die Energiewende gelingen“, begründete Jasper den Besuch.

Insbesondere der Ausbau der Photovoltaikanlagen in der Region Heide bereite den Stadtwerken zunehmend Kopfzerbrechen, da die Netze besonders am Wochenende oft überlastet seien. Am Wochenende fehlten regionale Abnehmer und für den Abtransport dieser Strommengen seien die Netze nicht ausgelegt.

Nötig sei deshalb eine Förderung regionaler Speichertechnologien wie beispielsweise Wärmespeicher.

„Wärmespeicher können mittelfristig eine sinnvolle Ergänzung darstellen, und gleichzeitig die Folgen von Zwangsabschaltungen von erneuerbaren Energiequellen abmildern. So tragen Speicher dazu bei, die Verbraucherpreise stabil zu halten und die Akzeptanz der Energiewende in Schleswig-Holstein zu erhöhen“, sagte Magnussen abschließend.

Attraktivität des Polizeiberufes muss dringend verbessert werden CDU-Fraktion besucht Polizeischule Eutin



Petra Nicolaisen, MdL, Astrid Damerow, MdL, Hartmut Hamerich, MdL, Ingo Gaedechens, MdB sowie Vertreter der Polizeidirektion

Unter der Leitung der innenpolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen, besuchte der Fraktionsarbeitskreis Innen und Recht vergangene Woche die Polizeischule Eutin.

Dort informierten sich die Abgeordneten über die Organisation, und vor allem über die Sorgen und Nöte der Polizeidirektion in Eutin. Diese ist neben der Aus- und Fortbildung auch für die Bereitschaftspolizei in Schleswig-Holstein verantwortlich. Zur Sprache kamen unter anderem die Defizite in der Unterbringung und der Infrastruktur vor Ort. Laut Behördenleiter Jürgen Funk werden dringend ein Einsatztrainingszentrum, eine neue Sporthalle und eine Aula benötigt.

Der sieben Millionen Euro teure Neubau eines Lehrsaals bis zum Jahr 2017/18 wurde noch von der alten CDU-geführten Landesregierung auf den Weg gebracht.

Weitere Probleme gibt es beim Wiedereinstieg von Frauen nach der Erziehungszeit. Hier wäre eine Betreuungsmöglichkeit für Kinder vor Ort wünschenswert. Die Abgeordneten der CDU-Fraktion sicherten der Polizeidirektion ihre Unterstützung zu und kündigten an, sich für die drängenden Belange einzusetzen.

„Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Verantwortlichen der Polizeidirektion Eutin. Sie leisten hier großartige Arbeit unter schwierigen Bedingungen“, so Nicolaisen am Rande des besuches.

„Der schlechte Zustand der Infrastruktur vor Ort und auch die Probleme beim Wiedereinstieg von Frauen nach der Betreuungszeit zeigen einmal mehr, wie dringend die Attraktivität des Polizeiberufes gesteigert werden muss. Dies belegen auch die sinkenden Nachwuchszahlen“, so Nicolaisen abschließend.

Maisdichte zwingt zum Nachdenken über Fruchtwechsel **Fraktionsarbeitskreis Umwelt führt Gespräch mit dem Landesnaturschutzbeauftragten**

In dieser Woche führte der FAK Agrar- und Umwelt im Rahmen seiner Sitzung ein ausführliches Gespräch mit dem Landesnaturschutzbeauftragten Dr. Holger Gerth.

Große Übereinstimmung gab es bei der Diskussion um Biogas und dem damit verbundenen Maisanbau. Beide Seiten waren sich darin einig, dass man Biogas im Energiemix der Zukunft dringend benötige. Gleichzeitig sprach man sich jedoch gegen den Monokulturanbau aus.

Die hohe Maisdichte zwingt stärker über den Fruchtwechsel nachzudenken. Auch Nachhaltigkeitszertifikate zur Absatzverbesserung - auf freiwilliger Basis - seien überlegenswert. Darüber hinaus waren unter anderem die Waldumwandlung, der Flächenausgleich und das Jakobskreuzkraut Gesprächsgegenstand.



Dr. Holger Gerth im Gespräch mit Heiner Rickers, MdL und Hauke Göttsch, MdL

Zweites Parlamentarisches Städtegespräch **Landtagsfraktion setzt den Austausch mit den Städten fort!**

Bereits zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode kamen am Donnerstagabend (29. November) Vertreter aus den großen Städten und Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion im Landeshaus zusammen, um sich über aktuelle politische Themen der Städte auszutauschen.

Nur wenige Stunden zuvor war in Lübeck das rot-rot-grüne Mehrheitsbündnis an einer Einigung über den Haushalt und den Verkauf des Lübecker Flughafens Blankensee gescheitert. „Endlich hat auch die Lübecker SPD verstanden, dass Schulden nicht reich machen. Das ist eine

riesige Chance für die Hansestadt. Ich weiß, dass die Lübecker CDU zu ihrer Verantwortung steht und alles daran setzen wird, damit Lübeck sein Haushaltsdefizit endlich in den Griff bekommt und dadurch wieder Gestaltungsräume erhält“, erklärte Johannes Callsen am Rande der Städterunde.

Im Mittelpunkt des Städtegesprächs standen die Themen Wohnraum und Integration. Während in einigen Städten bezahlbarer Wohnraum zurzeit Mangelware sei, gebe es in Städten wie Neumünster zu viele Leerstände. „Hier sind innovative Konzepte gefragt, wie wir den Bedarf in einzelnen Städten besser managen können“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, der zu dem 2. Parlamentarischen Städtegespräch eingeladen hatte.

Die Teilnehmer waren sich einig, künftig noch stärker auf Migrantinnen und Migranten zuzugehen und sie in die Arbeit der CDU einzubinden. Johannes Callsen berichtete von seinem positiven Eindruck von der Arbeit der alevitischen Gemeinde in Kiel, die er wenige Tage zuvor gemeinsam mit der integrationspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion, Astrid Damerow, besucht hatte.

Irritiert zeigten sich die Vertreter aus den Städten über die geplante Zerschneidung der Landesplanungsräume durch die Landesregierung. Die CDU-Landtagsfraktion wird sich in den kommenden Wochen intensiv mit diesem Thema befassen.

Auch die Ankündigung der Landesregierung, die Lehramtsausbildung zu reformieren und den Stufenlehrer einzuführen, stieß auf herbe Kritik. Die Teilnehmer teilten die Sorge, dass dadurch die Axt an die Gymnasien gelegt werde.

„Die CDU-Landtagsfraktion nimmt die Probleme der Städte sehr ernst. Darum haben wir das Parlamentarische Städtegespräch ins Leben gerufen. Gemeinsam mit den Vertretern aus den großen Städten wollen wir uns in den Städten besser aufstellen. Dazu ist ein enger Austausch wichtig“, so Callsen.

Ein Restaurant als neue Chance

CDU-Fraktion zu Gast beim Projekt SITA in Hamburg

Ein Restaurantbesuch ist eigentlich nichts Ungewöhnliches. Für die Mitglieder der Facharbeitskreise „Wirtschaft“ und „Soziales“ war das in dieser Woche anders. Sie waren im Hope's Restaurant des Projektes SITA (Stabilisieren, Integrieren, Toleranz, Akzeptanz) in Hamburg zu Gast.

In Hope's Restaurant werden Servicekräfte und Köche mit multiplen sozialen Problemen, die bisher auf dem Arbeitsmarkt als nicht vermittelbar galten, beschäftigt. Die Arbeit in einem von ihnen selbst geplanten Restaurant soll ihnen eine Chance zum Übergang in einen neuen und hoffentlich besseren Lebensabschnitt geben.

„Ich war sehr beeindruckt, was die Teilnehmer des Projektes uns hier auf engstem Raum präsentiert haben. Das Essen war wirklich lecker, kam aber für uns nur an zweiter Stelle. Wir waren nicht als Restauranttester hier, sondern wollten uns das Projekt erläutern lassen. Vielleicht kann das ein Vorbild für Schleswig-Holstein sein“, erklärte CDU-Sozialexpertin Katja Rathje-Hoffmann im Anschluss an den Besuch.

Ziel des von Sabine Bernecker-Bendixen und Bodo R. Pilz geleiteten sozialen Projektes im

Hamburger Problembezirk Steilshoop ist es, als nicht vermittelbar und arbeitsunfähig geltende Menschen wieder an eine sinnvolle Aufgabe heranzuführen. Dies soll zu einem wachsenden Selbstbewusstsein und selbstverantwortliche Handeln zurück führen.

„Dieses Projekt zeigt einmal mehr, dass wir Menschen niemals einfach aufgeben dürfen. Jeder, der dazu bereit ist, hat eine zweite Chance verdient“, so der jugendpolitische Sprecher, Hans-Hinrich Neve, abschließend.

Arbeitslosenzahl sinkt auf 20-Jahres-Tief **Schleswig-Holstein liegt mit 6,5 Prozent im Bundesschnitt**



Jens-Christian Magnussen, MdB

Schleswig-Holsteins Arbeitsmarkt bleibt auch im November stabil. 94 300 Menschen im Norden waren im November ohne Job. Laut Bundesagentur für Arbeit ist das seit 20 Jahren die niedrigste Arbeitslosenzahl in einem November. Der leichte Anstieg um 1500 im Vergleich zum Vormonat ist den Angaben zufolge saisonal üblich. Die Quote lag mit 6,4 Prozent exakt im Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zum Vorjahr ist sie um 0,1 Prozent gesunken.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – hier meldete die Arbeitsagentur die Septemberdaten – ist gegenüber dem Vorjahresmonat noch einmal um 11.500 Stellen angestiegen. Auch die Zahl der offenen Stellen bleibt auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Mit 57.700 sozialversicherungspflichtigen Stellenangeboten sind es nur 120 weniger.

Angesichts dieser positiven Entwicklung forderte CDU-Wirtschaftsexperte Jens-Christian Magnussen die neue Landesregierung in einer Pressemitteilung auf, ihre mittelstandsfeindlichen Gesetzgebungspläne zurück zu ziehen:

„Die Dänen-Ampel setzt mit ihrer mittelstandsfeindlichen Politik diese Entwicklung aufs Spiel“, so Magnussen in Kiel.

Insbesondere das im Entwurf vorliegende Tariftreue- und Vergabegesetz setze so hohe bürokratische Hürden, dass immer mehr Betriebe zukünftig auf eine Beteiligung an öffentlichen Aufträgen verzichten würden. Der gestern bekannt gegebene verlangsamte Ausbau des Breitbandnetzes verschlechtere in Verbindung mit reduzierten Investitionen in die Straßeninfrastruktur die Wettbewerbsbedingungen der Unternehmen. Das Ende der einzelbetrieblichen Förderung in strukturschwachen Gebieten gefährde die Entwicklungschancen zusätzlich.

Zur Mitteilung der Arbeitsagentur:

http://www.arbeitsagentur.de/nn_29282/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Presse/2012/069-Der-Arbeitsmarkt-in-SH-November-2012.html

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de